

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Vorsch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pfg.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 20.

Berlin, den 23. September 1900.

4. Jahrg.

Verbandskollegen! Sammelt für die ausgesperrten Bremer Mitglieder!

Die Arbeiterpolitik der Gewerkschaften.

Bebel hat in seinem bekannten Vortrage über „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ ausgeführt, daß die Gewerkschaften nicht Partei, aber Arbeiterpolitik treiben sollen. — Wir haben dieselbe Ansicht bereits früher in der „Neuen Zeit“ und auch in unserem Artikel „Freie und neutrale Gewerkschaftsorganisationen“ (siehe Nr. 18) vertreten. Die Gewerkschaften sollen zu der Frage der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-Versicherung Stellung nehmen, sie sollen sich mit dem Versammlungs- und Koalitionsrecht, mit der Sonntagsarbeit, Normalarbeitszeit, Nachtarbeit, Schutz der Frauen und Kinder, Hausindustrie, Gewerbeinspektion, Gewerbegerichtsweisen, Handels-Zollgesetzgebung u. d. befaßen, aber sich nicht einer bestimmten Partei von vornherein verschreiben. — Nun sagen die Gegner der neutralen Gewerkschaften, daß es gar nicht möglich sei, in den beruflichen Organisationen Politik zu treiben, ohne daß diese den Charakter von Parteipolitik annehme; die Erörterung aller politischer Fragen müßte stets parteipolitische Natur werden. Das ist aber keineswegs wahr. Die Gewerkschaft hat nur ihre Forderungen, die sie an die Gesetzgebung resp. den Staat richtet, zusammenzufassen und diese den zuständigen Staatsorganen und allen politischen Parteien zu unterbreiten. Dann wird sich alles Andere von selbst ergeben. Für diejenige politische Partei, welche sich der Forderungen der Gewerkschaft annimmt, tritt diese ein. — Wie aber sollen sich die Gewerkschaften zu den Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen stellen? Sollen sie gar keine Stellung hierzu einnehmen? Auf den Gewerkschafts-Kongressen schaffen sie sich ein bestimmtes Programm, das die Wünsche der Gewerkschaften an die vorher erwähnten Körperschaften enthält. Dasselbe wird bei den Wahlen von Seiten der General-Kommission, der Verbände oder Gewerkschafts-Marketten wieder allen politischen Parteien unterbreitet und auf Grund der erhaltenen Bescheide erfolgt dann die Stellungnahme der Organisationen. — Nun sagen weiter die Gegner der Neutralitätsbestrebungen, daß nur die sozialdemokratische Partei es sein werde, welche sich den Forderungen der Gewerkschaften annehmen wird und daher sei ein solches Vorgehen der beruflichen Organisationen unnützlich und sinnwidrig. Kautsky fragt in der „Neuen Zeit“: „Kann nicht auch eine Partei eine derartige Politik treiben? und antwortet darauf, daß bereits die sozialdemokratische Partei die Forderungen der Gewerkschaften, die nach Interessenpolitik derselben vertritt, und daher meint er weiter, daß deshalb die Gewerkschaften gleich von vornherein sozialdemokratische Parteipolitik treiben müßten.

Solche Ausführungen beweisen nur, daß man den wahren Kern der Streitfrage noch nicht einmal begriffen hat. — Auch wir sind der Überzeugung, daß sich durchgängig nur die sozialdemokratische Partei bereit erklären wird, die „Arbeiterpolitik“ der Gewerkschaften zu vertreten. Wenn das aber auch der Fall ist, so betreiben die Gewerkschaften noch lange nicht eine „verschleierte“ Parteipolitik wie Kautsky meint. Zwischen der Arbeiterpolitik der Gewerkschaften und der Parteipolitik der Sozialdemokratie ist selbst dann noch

ein ganz wesentlicher Unterschied. — Erben selbst bei bevorstehenden Wahlen die Gewerkschaften die Parole aus, nur für die sozialdemokratische Partei zu stimmen, so werden diese noch lange nicht sozialdemokratisch. Die Mitglieder der Gewerkschaften würden dadurch absolut nicht erklären, daß sie mit dem ganzen sozialdemokratischen Programm, mit dem republikanischen Staatswesen, mit der Beseitigung des Privateigentums u. d. einverstanden sind. Sie stimmen nur deshalb für diese Partei, weil sie ihre Forderungen betreffs der Arbeitszeit, Gewerbeinspektion, Unfallversicherung u. s. w. am besten vertritt, ohne sich irgendwie dadurch auch für die anderen Forderungen derselben zu verpflichten. — Durch diese Taktik stoßen die Gewerkschaften nicht jene Elemente von sich, die heute bei ihrem parteipolitischen Charakter entweder Sonderorganisationen schaffen oder indifferent denselben gegenüberstehen. Für welche Partei die Gewerkschaften bei den Wahlen eintreten, das wird nicht dauernd, von vornherein festgelegt, das hängt von der jeweiligen Stellungnahme der Parteien zu den Forderungen der Gewerkschaften ab. — Nun sagt man ferner: ein gewerkschaftliches Zusammenarbeiten mit frommen, Königsreuen oder Hirsch-Dunker'schen Arbeitern werde unmöglich sein. Das müssen wir bestreiten; auch diese wollen durchgängig eine Erhöhung ihres Lohnes, eine Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. von Elm weiß sehr richtig in der „Neuen Zeit“ auf bezügliche Neußerungen von Wiesbert, eines der Führer der christlichen Gewerkschaften, hin. Wir verweisen weiter auf die M.-Glabbacher Arbeiterbibliothek und auf die „Weirdeutsche Arbeiterzeitung“. Wir finden da, daß diese frommgesinnten Arbeiter daselbe auf gewerkschaftlichem Gebiet wollen wie wir. Allerdings giebt es ja heute Arbeiterführer, die noch nicht eine Brotschreie, ein Fachblatt der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu Gesicht bekommen haben, die aber trotzdem über diese Organisationen ohne Weiteres urteilen. Prinzipiell nehmen sie diese Erzeugnisse nicht zur Hand und bebauern mitleidig jene Personen, welche für solchen „Abdamm“ noch Zeit opfern! — Ein trauriger Standpunkt!

Auch in den politischen Fragen, welche die Gewerkschaften beschäftigen, wird sich mit diesen Elementen sehr leicht eine Neberstimmung schaffen lassen. Eder glauben die Neutralitätsgegner etwa daß die ultramontanen Industrie-Arbeiter für Kornzölle u. d. eintreten werden, sobald sie über diese Dinge zur Genüge unterrichtet sind?! Beweisen nicht die Neußerungen Wiesbert's bezüglich der Schutzzölle auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften, daß auch die Zentrums-Arbeiter zu unterscheiden verziehen was Wahrheit ihrer Interessen heißt?! Wir halten daher ein Zusammenarbeiten mit jenen Arbeitern, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, auf gewerkschaftlichem Gebiet sehr wohl für möglich. Gewiß wird es auch zu Auseinandersetzungen mit diesen Elementen kommen, sie werden nicht ohne Weiteres allen Forderungen in diesem oder jenem Punkte, welche wir aufstellen, zustimmen. Aber kommen denn solche Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie nicht vor?!

Wir sind auch nicht der Ansicht, daß nun, wenn die freien Gewerkschaften sich auf vollständig neutraler Basis bewegen, die Arbeiter, welche heute

zum Zentrum gehören, sofort den freien Organisationen in großer Masse beitreten werden. Uns liegt jeder Wunderglaube fern, der ist auf der anderen Seite höchstens aufzuweisen. Wir wollen durch unsere Taktik nur die Wege schaffen, auf denen wir nach und nach auch in den fraglichen Arbeiterschichten Eingang finden.

Nun meinen weiter die Gegner der Neutralitätsbestrebungen, daß ein solches politisches Programm wie von Elm und wir es wünschen, mindestens eine bestimmte Weltausgang zur Grundlage haben muß, d. h. zu gut deutsch, es muß das „Endziel“ in demselben betont werden.

Bei einigen Leuten ist die Betonung des Endzieles rein zum chronischen Weiden geworden. Als wenn nicht selbstverständlich auch das Dach hinaufgesetzt werden wird, wenn erst die nötigen Etagen zum Haus geschaffen sind?! Sonderbar muß es einem immer berühren wenn diese Prinzipienreiter, die sonst dem Geiste bei der Entwicklung der Menschheit nur eine ganz untergeordnete Rolle zuweisen und alles auf das materielle Sein zurückführen, hier plötzlich dem Geiste die oberste Rolle zuschreiben und nicht das geringste Vertrauen zu der ökonomischen Entwicklung haben.

Die von uns verteidigte Politik müssen aber auch die Gewerkschaften sich schon deshalb zu Eigen machen, weil sie von den Unternehmerorganisationen mit solviel Erfolgen gehandhabt wird. Haben nicht die Scharfmacherverbände in den letzten Jahren fast jeden Fortschritt auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung verhindert?! Ja ihr Einfluß ist heute bereits so gewaltig geworden, daß selbst die bestehenden Schutzgesetze — Väterereordnung — zurückverdrängt werden sollen! Was thun dann die Arbeiterverbände in dieser Beziehung?! Was für einen Einfluß besitzen sie?! Traurig sieht es in dieser Beziehung bei ihnen aus. Meistens vollständig indifferent stehen sie den fraglichen Dingen gegenüber. Sie überlassen es der sozialdemokratischen Partei, dazu Stellung zu nehmen. Diese arrangiert einige Versammlungen, denen die ungeheure große Masse fern bleibt. Die überwältigende Mehrheit bekümmert sich um die politischen Sachen, welche ihr eigenes Interesse auf das Tiefste berühren, überhaupt nicht. — Hier kann keine Partei Wandel schaffen, hierzu ist nur die berufliche Organisation befähigt. Also hinein wollen wir die Politik in die großen Massen tragen, allerdings nicht Parteipolitik, sondern nackte Interessenpolitik! Und da sagt man: die Neutralitätsbestrebungen wollen die Verklumpung der Arbeiterbewegung herbeiführen!! Doch davon ein anderes Mal.

Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899.

Zu den Aufgaben, welche die im November 1899 von den Gewerkschaften Deutschlands eingesetzte Generalkommission hat, gehört auch die alljährliche Aufnahme einer Statistik über die Größe und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften. Seit 1891 sind diese Aufnahmen gemacht und deren Ergebnisse veröffentlicht worden. Namentlich ist in Nr. 33 des „Correspondenzblattes“ die Statistik für das Jahr 1899 zur Veröffentlichung gelangt. In einer größeren Zahl von Tabellen wird über Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben, sowie über die Einrichtungen, welche die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder geschaffen haben, Auskunft gegeben und sind vergleichende Berechnungen gemacht nach welchen

beurteilt werden kann, welche Organisationen die größte Leistungsfähigkeit aufweisen und wo der Hebel angelegt werden muß, um Verbesserungen herbei zu führen.

Es bestanden Ende 1899 in Deutschland 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Zentralverbände, während 1898: 57 solcher Organisationen vorhanden waren. Die Verbände der Goldarbeiter und der Holzarbeiter (Hüllarbeiter) haben sich im Jahre 1899 dem Metallarbeiterverband resp. dem Goldarbeiterverband angeschlossen, wodurch die Verringerung der Zahl der Organisationen eingetreten ist. Der Verband der Eisenbahner veröffentlicht mit Rücksicht auf die Gefahr, welche seinen Mitgliedern dadurch entstehen könnte, keine Abrechnungen und giebt die Zahl seiner Mitglieder nicht bekannt. Die Eisenbahnverwaltungen sind eifrig bemüht, die Verbandsmittelglieder zu maßregeln und will der Verbandsvorstand nicht den Verwaltungen Hinweise geben, wo sie solche Mitglieder zu suchen haben. Aus den gleichen Gründen ist der Verband der Eisenbahner auch in der Gewerkschaftstätigkeit nicht gefährt. Uebrigens ist dieser Zustand charakteristisch dafür, wie in Deutschland staatliche Verwaltungen ein den Arbeitern gesetzlich gewährtes Recht ächsten.

Die 55 Zentralorganisationen zählen insgesamt 580 473 Mitglieder, worunter 19 280 weibliche sich befinden. Gegründet dem Jahre 1898 ist eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern = 18,13 pCt. zu verzeichnen. Wie sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren entwickelt haben, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Totalver-einen	Zu-sammen	Verlust der Organisations- (Organisationen)
1891	62	277659	—	10000	287659	13000
1892	56	287094	4355	7640	244734	29700
1893	51	223530	5884	6280	229810	26526
1894	54	246494	5251	5550	252044	194
1895	53	259176	6697	10781	269956	11801
1896	51	329230	15265	5858	385088	—
1897	56	412359	14644	6808	419162	—
1898	57	498742	13481	17500	511242	—
1899	55	580473	19280	15946	596419	—

1) Saar- und Ruhrrevier. 2) Darunter 8821 Mitglieder des aufgelösten sächsischen Verbandes.

In den Jahren 1892 und 1893 ist ein Rückgang in der Mitgliederzahl vorhanden, der theils eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, theils aber auf den Verlust zurückzuführen ist, welchen die Bergarbeiterorganisationen, die 1899: 58 000, 1893 aber nur 11 000 Mitglieder hatten, aufwiesen. Seit 1894 ist ein ständiges Anwachsen der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder vorhanden und von 1895 bis 1899 nahmen die Gewerkschaften an Mitgliederzahl um 324 551 oder 126,82 pCt. zu. Es ist dies eine Zunahme, die wohl durch die anhaltend günstige Konjunktur veranlaßt ist, jedoch sicher auch dadurch bedingt wurde, daß die Arbeiterklasse Deutschlands in immer größerem Umfange die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation anerkennt.

Die Zahl der Mitglieder ist in den einzelnen der 55 Zentralorganisationen äußerst verschieden doch. An erster Stelle stehen die Metallarbeiter mit 85 013; dann folgen Maurer 74 534; Holzarbeiter 62 570; Textilarbeiter 87 617; Bergarbeiter 33 000; Buchdrucker 26 344; Zimmerer 23 719; Fabrikarbeiter 22 592; Tabakarbeiter 15 401; Schuhmacher 16 922; Schneider 12 173; Bauarbeiter 11 149; Steinarbeiter 10 000; Maler 9 540; Formner 8 817; Handbillsarbeiter 8 730; Brauer 8 681; Porzellanarbeiter 8 660; Hafnarbeiter 8 587; Buchbinder 7 681; Töpfer 5 765; Lederarbeiter 5 369; Böttcher 4 920; Lithographen und Steindrucker 4 621; Maschinenisten und Heizer 4 600; Hilshauer 4 098; Glasarbeiter 3 628; Häder 3 596; Tapezierer 3 525; Schmiede 3 350; Strickfeger 3 387; Kupferarbeiter 3 314; Handschuhmacher 3 241; Buchdrucker 2 800; Seileute 2 222; Schiffszimmerer 1 588; Gasmittelgeschiffen 1 387; Buchdruckerhilfsarbeiter 1 343; Müller 1 304; Bergolder 1 145; Grubenarbeiter 1 006; Barbierer 875; Zigarrenfortirer 857; Konditoren 661; Handlungsgehilfen 500; Bureauangestellte 344; Formschneider 344; Gärtner 300.

Die Stärke der einzelnen Organisationen, sowie der gesamten Gewerkschaften ist jedoch nicht nach der absoluten Zahl der Mitglieder, sondern nach deren Prozentverhältnis zur Zahl der Berufsberechtigten zu beurteilen. Als organisationsfähig wird man im Allgemeinen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu betrachten haben, welche im Alter von 18 bis 60 Jahren stehen. Es müßten allerdings auch noch die Arbeiter auscheiden, welche in Kleinbetrieben auf dem platten Lande (in Orten unter 2000 Einwohnern) arbeiten, doch ist es unmöglich, hier eine genaue Grenze zu ziehen. Deswegen muß als Grundlage für die Berechnung die Zahl der im Alter von 18 bis 60 Jahren stehenden Berufsberechtigten angenommen werden, wenn diese thausächlich auch zu hoch ist. Der Kreis der Berufsberechtigten, der für die 55 Zentralorganisationen herangezogen ist, umfaßt 4 958 845 Personen, 4 138 497 männliche und 820 348 weibliche. Von diesen sind 59 473 = 1,21 pCt. und zwar 561 198 männliche = 13,56 pCt. und 19 280 weibliche = 2,85 pCt., Mitglieder der Organisationen.

In einzelnen Organisationen ist selbstverständlich ein weit höherer Prozentsatz der Berufsberechtigten vertreten, als der vorstehend genannte Durchschnittszug, der sich für alle Organisationen ergibt. Es sind in Prozenten der Berufsberechtigten organisiert: Bildhauer 68,9; Buchdrucker 64,2; Kupferschmiede 45,86; Handschuhmacher

43,78; Glaser 29,75; Stukkateure 28,96; Porzellanarbeiter 27,03; Lithographen und Steindrucker 26,21; Schiffszimmerer und Werftarbeiter 25,41; Wauerer 24,38; Tapezierer 24,18; Buchbinder 23,41; Steinleger 22,82; Seileute 20,70; Böttcher 20,49; Töpfer 19,81; Putzmacher 19,76; Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer 19,47; Zimmerer 18,69; Holzarbeiter 18,63; Formschneider und Grubenarbeiter 18,62; Metallarbeiter 16,62; Hafnarbeiter 16,05; Schuhmacher 15,10; Lederarbeiter 15,04; Formner 14,96; Gemeinbetriebsarbeiter 14,77; Dachdecker 13,94; Brauer 13,63; Maler 13,54; Buchdruckerhilfsarbeiter 13,07; Fabrikarbeiter 13,07; Maschinenisten und Heizer 11,88; Sattler 10,06; Glasarbeiter 9,91; Steinarbeiter 9,66; Bergolder 8,79; Textilarbeiter 6,97; Bergarbeiter 6,89; Barbierer 5,60; Schneider 5,50; Konditoren 4,82; Handbillsarbeiter 4,69; Häder 4,44; Schmiede 3,47; Bauarbeiter 3,40; Müller 2,33; Gasmittelgeschiffen 0,69; Gärtner 0,53; Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,46.

Die Schwierigkeit, die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen, ist in den einzelnen Berufen verschieden groß. Es würde zu weit führen, dies des Näheren zu schildern. Es muß bei der Beurteilung der Organisationsfähigkeit der Arbeiter in den einzelnen Berufen nicht nur das schon erwähnte Alter auf dem platten Lande in Berücksichtigung gezogen werden, sondern auch der Umstand, ob in dem Beruf der Kleinbetrieb in starkem Maße vorhanden ist. Nach den Berechnungen, welche die Generalcommission nach den Erhebungen der Berufszählung, unter Berücksichtigung dieser beiden Faktoren, gemacht hat, besteht die größte Schwierigkeit bezüglich der Organisation bei den Müllern, Schmieiden, Schuhmachern, Textilarbeitern und Schneidern. Dann folgen die Gärtner, Zimmerer, Tabakarbeiter und Maurer.

Die günstigen Verhältnisse weisen nach dieser Richtung hin die Buchdrucker, Lithographen und Stukkateure auf. In den anderen Berufen wird, allgemein betrachtet, die Organisationsarbeit den gleichen Schwierigkeiten begegnen, wenn auch bei einzelnen, wie z. B. den Handlungsgehilfen, andere Faktoren es nahezu unmöglich machen, eine größere Zahl der Berufsberechtigten für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation zu gewinnen. Bei den Handlungsgehilfen stehen den 500 Mitgliedern des Verbandes circa 180 000 in kaufmännischen und antismittelmischen Berufen organisierte Handlungsgehilfen gegenüber. Diese Organisationen können als gewerkschaftliche Vereinigungen nicht angesehen werden, jedoch bilden sie ein Hindernis für den Fortschritt der Gewerkschaftsorganisation in dem Berufe.

Neben den Gewerkschaftsverbänden bestehen in den verschiedensten Berufen noch Vereine und Verbände gewerkschaftlicher Natur. Es sind Ende 1899 außer den 15 946 Mitgliedern lokaler Vereine noch 86 777 Mitglieder in den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen und in den christlichen Gewerkschaften 112 160 Mitglieder vorhanden gewesen. Dazu kommen noch 68 994 Mitglieder in Vereinen, welche keiner dieser Organisationsgruppen angehören, so daß im Ganzen Ende 1899 in Deutschland 864 350 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlichen Vereinen irgend welcher Art angehörten. Für den gewerkschaftlichen Kampf kommen neben den Gewerkschaftsverbänden die anderen Organisationsgruppen wenig in Betracht. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine wollen Frieden und Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und auch die christlichen Gewerkschaften sind auf Grund der gleichen Tendenz in den letzten Jahren (hauptsächlich 1898 und 1899) geründet worden.

Es dürfte übrigens der Zweck, welchen die Gründer der christlichen Gewerkschaften erstrebten, nämlich die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften zu schwächen, nicht erreicht worden. Wie die Verhandlungen des letzten Kongresses, welchen sie am 8. Juni 1900 abhielten, zeigten, wollen die christlichen Gewerkschaften ernstlich an die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben herantreten. Günstig ist die die Absicht der Gründer dieser Organisation vertritt und ein Anknüpfung an unsere Gewerkschaften resp. ein gemeinsames Vorgehen eine Frage der Zeit.

Ebenso, wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften, stehen auch die lokalen Vereine im Gegensatz zu unseren Gewerkschaftsverbänden, während die anderen, zu keiner dieser Gruppen gehörenden Vereine zum Theil von der gleichen Tendenz wie die Hirsch-Dunder'schen und christlichen sind, zum Theil Abspaltungen von Elementen aus den Gewerkschaftsverbänden sind, die eine Organisation nach ihren besonderen Wünschen haben wollen.

Der Fortschritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung beruht auf der Stärkung der gewerkschaftlichen Zentralverbände, weil diese allein mit aller Energie streben, den gewerkschaftlichen Kampf zu führen. Sie sind nicht nur doppelt so stark als alle anderen Organisationsgruppen zusammen, sondern sind durch sorgfältige Verbesserung ihrer Einrichtungen und Stärkung ihrer Finanzen geeignet, die Mitglieder an der Organisation zu halten und den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Es ist selbstverständlich auch hier noch Vieles zu bessern. Besonders muß der Heranzug der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil ohne Anteilnahme derselben in vielen Gewerben ein Vorkampf kaum noch geführt werden kann. Haben einzelne Organisationen auch schon einen nicht unbedeutenden Prozentsatz der weiblichen Berufsberechtigten als Mitglieder, so die Schuhmacher 17,50; Buchbinder 15,45; Buchdruckerhilfsarbeiter 12,22; Metallarbeiter 8,29 pCt., so ist doch im Allgemeinen die Organisation der weiblichen Arbeiter eine äußerst mangelhafte. Besonders hält auch die Zunahme der weiblichen Mitglieder (von 1893 auf 1899 um 5799) ebenso an, wie die Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Allgemeinen.

Auch in Bezug auf die Finanzen, die Aufsammlung größerer Fonds zur Führung des gewerkschaftlichen

Kampfes, werden einzelne Organisationen nach Verbesserung zu streben bemüht sein müssen, wenn insgesammt auch auf diesem Gebiete die letzten Jahre erfreuliche Fortschritte brachten. (Schluß folgt.)

Bericht des Ausschusses der Berliner vereinigten Filialen.

Als am 4. December 1898 in Berlin der Ausschuss der Berliner Filialen gegründet wurde, wurde auch zu gleicher Zeit ein Vergütungskomitee gewählt, welches dem Ausschuss unterstellt war. Aber kein Mensch hätte damals gedacht, daß das Vergütungskomitee so schnell seine Existenz einstellen würde. Nach kaum zehnmönatlichem Bestehen, nach dem unrentablen Sommervergnügen in der Neuen Welt, stellte das Komitee seine Thätigkeit ein und hinterließ eine Schuldenlast von rund 234 Mk. Das verlassene Komitee trifft jedoch kein Vorwurf, sondern ist lediglich den Mitgliedern der Berliner Filialen die größte Schuld beizumessen. Hätten sich dieselben an den Vergütungen besser betheiligigt, so wären wir sicher nicht in diese Lage gerathen. Es ist sogar im vergangenen Winter vorgekommen, daß einzelne Filialen nicht ein Viertel umsetzten, während gerade diese in Verfallungen das große Wort führten und fragten, was der Ausschuss bloß mit dem vollen Heide macht? Hier wäre ein geeigneter Feld für bessere Finanzanlagen zu tragen, wenn diese Filialen sich den Betrieb der Filiale mehr angelegen sein ließen. Auf eines von den vielen Heiden soll hier nur hingewiesen werden, d. h. die Saumlage und das mangelhafte Interesse zur Sache. So hat eine Filiale auf dieses Drängen erst am 18. Februar über das fragliche Vergütung abgerechnet, ebenso andere Filialen nach mehrmaliger Aufforderung, wenn die Filialen ihren Verpflichtungen früher nachgekommen wären, und hätte auch eine geüblichere scheinbare Thätigkeit von Seiten des Ausschusses entwickelt werden können.

Wir können trotz alledem dieses Jahr als ein gutes bezeichnen, da wir die oben angegebene, verhältnismäßig ganz enorme Summe im Stande waren, zu beden. Die bediente es allerdings des ganzen Eiferstubs der daran betheiligten Ausschussmitglieder. Es galt zuerst, ein klares Bild aus den Büchern des Vergütungskomitees zu gewinnen, dann wurden die noch nicht eingezogenen Billets eingefordert, wodurch noch 60 Mk. erzielt wurden. Um die Restsumme von 174 Mk. decken zu können, müßten Vergütungen veranlaßt werden, die auch durchwache gute Resultate ergäben, die uns in die angenehme Lage versetzten, unseren Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir, der Ausschuss als solcher, hat zur Erledigung der Geschäfte fortlaufende Ausgaben, und ohne Geld kann man, wie ein jeder weiß, nicht arbeiten; darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an den diesjährigen Wintervergütungen recht reg zu betheiligen. Dann wird auch der finanzielle Erfolg nicht ausbleiben. Ferner sei hier nochmals an die Billets zur Treptower Sternwarte erinnert.

Berechnung des Ausschusses der Berliner Filialen vom Januar 1899 bis Ende August 1900

Ein-nahme	
Durch Teilerfassung bei der öffentlichen Versammlung am 20. Februar 1899	59,90 Mk.
do. am 20. April 1899	23,50
Einnahme v. Sommervergütungen am 19. 7. 99	90,23
Ueberschuß von der Sammlung für die gemäßigtesten Kollegen in Friedrichshagen	9,07
Zur Agitation von den Berliner Filialen:	
Filiale Ia	5,50
II	10,-
III	10,-
IV	4,80
V	8,40
VII	15,-
VIII	1,50
Teget	6,20
Udenberg	8,10
Sammlung der kombinierten Versammlung am 10. Oktober 1899	26,60
Ueberschuß von der Sammlung für Jesuiten und Velde	2,60
Ueberschuß von der Sammlerliste Nr. 204	—,20
Sammlung der kombinierten Versammlung am 10. Dezember 1899	64,20
Ueberschuß von d. Versammlung am 25. 10. 99	16,07
Teilerfassung der öffentlichen Versammlung (Stierich) am 12. Dezember 1899	44,20
do. am 7. Februar 1900	19,64
Von der Filiale Friedrichshagen (für Agitation für das Jahr 1899)	2,60
Sammlung der kombinierten Versammlung am 18. Februar 1900	55,80
Von der Filiale IX (für Agitation vom Jahre 1899) am 10. März 1900	13,15
Von der kombinierten Versammlung am 11. März 1900	10,30
Von der Filiale Friedrichshagen für die Gewerkschafts-Kommission	6,70
Von der Filiale II (Rauhauser) do.	14,45
do. IX (Kleiner-Jah) do.	15,-
do. Teget do.	7,10
do. Udenberg do.	2,-
do. IV (Deinestore) do.	4,60
do. VIII (Roblenarbeiter) do.	3,-
Summa	564,76 Mk.

Ausgaben	
Für Porto und Schreibmaterial sowie Zeitungserfassung	53,02 Mk.
Interesse	48,-
Ueberschuß der Berufsberechtigten in Uebstau	10,-

Flugblätter und Handzettel	53,-	Mk.
Agitation	90,-	"
Vorträge in kombinierten Versammlungen	12,-	"
Musik do.	50,45	"
Stempel	2,50	"
das Sommervergnügen in der "Neuen Welt" am 19. Juli 1899	234,-	"
Summa	552,97	Mk.

Bilanz.	
Einnahme	554,76 Mk.
Ausgabe	552,97
bleibt Bestand	1,79 Mk.
J. A. G. Herrmann.	

Zu den Quartals-Abrechnungen.

Bögleich wie wiederholt über die mangelhaften Quartals-Abrechnungen geklagt haben, welche einzelne Fälligkeiten aufstellen und an uns einleiden, ist es nun endlich auf diesem Gebiete bisher nichts besser geworden. Von den letzten Quartals-Abrechnungen war mindestens die Hälfte wieder mit Fehlern behaftet. Zur Mängelstellung derselben muß dann eine umfangreiche Korrespondenz mit den fraglichen Fälligkeiten geführt werden und viele Arbeitstunden wurden unnütz vergeudet. Bei einigen guten Willen könnten die Unrichtigkeiten vermieden werden und jetzt wieder eine Quartals-Abrechnung vor der Thüre steht, wollen wir durch folgende Vorlage zeigen, wie die Quartals-Abrechnungen aufzustellen sind.

Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Fälligkeit Bremen.

Abrechnung

für das III. Quartal (Juli, August u. September) 1900.
Abgegeben den 3. Oktober 1900.

Einnahme.

Bei der letzten Abrechnung blieb ein Bestand von	150,-	Mk.
10 Eintrittsgebühren für männliche Mitglieder à 10 Bg.	5,-	"
10 Eintrittsgebühren für weibliche Mitglieder à 25 Bg.	1,-	"
1000 Wochenbeiträge für männliche Mitglieder à 15 Bg.	150,45	"
40 Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder à 10 Bg.	9,-	"
70 Delegiertensteuer à 10 Bg.	7,-	"
10 Erntesteuer à 10 Bg.	7,-	"
Erntesteuer à 5 Bg.	—	"
Für verloren gegangene Mitgliedsbücher	—	"
Für verloren gegangene Statuten	—	"
Sonstige Einnahmen	5,60	"
Summa	335,20	Mk.

Ausgabe.

Für Kranken-Unterstützung	25,-	Mk.
Siehe 1. B.	—	"
sonstige Unterstützungen	5,-	"
Drucke Verwaltung's Ausgaben, wie Schreibmaterialien, Inserate u.	8,50	"
Bücher, Bibliothek und Zeitschriften	5,-	"
Vorträge	4,-	"
sonstige Ausgaben	2,-	"
Summa	49,50	Mk.

Was die Verbandskasse werden für das Quartal gefandt:

10 Eintrittsgebühren à 10 Bg.	5,-	Mk.
10 Eintrittsgebühren à 25 Bg.	1,-	"
50 pSt. der Wochenbeiträge à 15 Bg.	75,20	"
50 pSt. der Wochenbeiträge à 10 Bg.	4,50	"
70 Delegiertensteuer à 10 Bg.	7,-	"
Für verloren gegangene Mitgliedsbücher	—	"
Für verloren gegangene Statuten	—	"
Summa	92,95	Mk.

Abklärung der gesamten Einnahme und Ausgabe.

Einnahme der Fälligkeit (siehe 1. Seite)	335,20	Mk.
Ausgabe der Fälligkeit (siehe 1. Seite)	49,50	"
bleibt	285,70	Mk.

Darvon gehen für das Quartal an die Verbandskasse (siehe 1. Seite) 92,95 Mk.
bleibt in der Fälligkeit ein Bestand von 192,75 Mk.

Abklärung der Beitragsmarken.

Bestand der Marken am Ende des letzten Quartals	525	45	100	—	500
Im Laufe des Quartals vom Verbands-Vorstande erhalten	1000	500	—	—	500
Zusammen	1525	545	100	—	500
Im Laufe des Quartals verkauft	1003	90	70	—	70
bleibt am Ende des Quartals ein Markenbestand von	522	455	80	—	430

Mitgliederbestand.

Bestand am Ende des vorigen Quartals	84
Im Laufe des Quartals sind neue Mitglieder hinzugekommen	14
Zusammen	98
Am Laufe des Quartals sind Mitglieder ausgeschieden resp. ausgeschlossen	8
bleibt am Ende des Quartals ein Mitgliederbestand von	90
Hiervon sind 8 weibliche Mitglieder.	

Verzeichnis der verstorbenen Mitglieder.

Daupt-Buch-Nr.	Nachname	Vorname	Datum	Bemerkungen
2845	Schmidt	Karl	15. 7. 00	—

Verzeichnis der ausgeschiedenen Mitglieder.

Daupt-Buch-Nr.	Nachname	Vorname	Grund des Ausscheidens	Datum
2425	Veitshinn	August	§5, Abs. b	20. 8. 00
2720	Verdäner	Ferdinand	§5, Abs. a	20. 8. 00
2925	Saumsfeld	Karl	§5, Abs. c	15. 9. 00
zc.	zc.	zc.	zc.	zc.

Zur Beachtung!

Die Fälligkeiten werden dringend gebeten, diese Abrechnung in allen Theilen sorgfältig und genau auszufüllen. Es sind zwei Exemplare anzufertigen, von denen das eine an den Verbands-Sekretär eingeleitet wird, während das andere in den Händen des Fälligen verbleibt. Das dritte mitgeschickte Exemplar dient zur Klärung. Die sorgfältig ausgefüllten Aufnahmescheine sind ebenfalls beizulegen.

Gelder, welche die Fälligkeiten auf Sparfassen u. niedergelegt haben, sind unter "Bestand" sowohl bei den Einnahmen wie bei dem Abschluß mitanzugeben.

Vorliegende Abrechnung ist von uns geprüft, mit der vorübergehenden Abrechnung, den Büchern und Belegen verglichen und für richtig befunden. Der Bestand an Mitgliedschaften sowie der Baarbestand sind uns vorgelegt worden. Dies bezeugen durch eigenhändige Unterschrift Bremen, den 8. Oktober 1900.

Julius Zwiesler, 1. Revisor Karl Genau, 2. Revisor.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin 8.**
Verbandssekretär: **H. Siebig, Berlin 8.**
Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 31.**
Wirtschaftliche: **H. Koral III, Sprechl. von 10-12 Uhr**
Vormittags. **Verbandsassistent: P. Hoffmann, Berlin N. 58, Erbkowstr. 18.**
Alle Korrespondenzen, Anfragen u. sind nur an den Verbandssekretär, alle Verbindungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die "Gewerkschaft" bestimmt, sind nur an den Verbandsassistenten zu richten.

Beidung für die "Gewerkschaft" gehen an **Er. Voersch.**

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schmitz, Berlin S.O., Lauchterstraße 21.**

Schankmahnung.

Die Sammlungen für die Bremer Ausgesperrten sind geschlossen; die noch ausstehenden Sammlungen bitte baldmöglichst einzuliefern. — Zum Hilfsarbeiter für das Verbandsbureau ist der Kollege **Damm-Charlottenburg** bestimmt worden.

Betreffs der Streitigkeiten, welche in der Fälligkeit Berlin VII (Schlachter- und Viehhofarbeiter) ausgebrochen waren, hat der Verbands-Vorstand und -Ausschuss folgenden Beschluß gefaßt:

Der Verbands-Vorstand und der Verbands-Ausschuss sind nach nochmaliger eingehender Prüfung der vorliegenden Streitpunkte zu folgendem Beschluß gekommen:

1. Eine Trennung der Vieh- und Schlachthof-Arbeiter in zwei Fälligkeiten kann nicht statgegeben werden, resp. die schon vollzogene Trennung wird wieder aufgehoben.
2. Der Vorstand der alten Fälligkeit wird seines Postens entbunden.
3. Es ist eine Neuwahl des Vorstandes auf der Grundlage vorzunehmen, daß vier Mitglieder desselben dem Vieh- und drei dem Schlachthof angehören.

Für die Bremer Ausgesperrten gingen folgende Gelder ein: Berlin XI 10 Mk., Berlin VI 600 Mk., Mainz 9,00 Mk., Wai nheim 130,00 Mk., Mannheim IV 17,65 Mk.
Für die Verbandskasse gingen folgende Gelder ein: Nordst. 32,80 Mk., Berlin VII 174,98 Mk., Hamburg 8,95 Mk. — Bericht muß noch werden, daß Magdeburg 1 nicht 103,75 Mk., sondern 115,75 Mk. einsandte.

Korrespondenzen.

Bremen. Der Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Fälligkeit "Bremen", hielt am 11. September seine planmäßige Mitgliederversammlung ab.

Die Versammlung wird um 1/8 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet und darauf folgende Tagesordnung verlesen:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wie gedenken wir in Zukunft das Kassierenwesen zu regeln?
3. Wahl eines zweiten Schriftführers.
4. Bericht des Delegierten zum Gewerkschaftskartell.
5. Verschiedenes.

Der 1. Punkt war schon vor Eintritt in die Tagesordnung erledigt worden.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege **Reichhoff**; derselbe macht der Versammlung den Vorschlag, in Anbetracht der Unzulänglichkeit des bis herigen Systems des Kassieren, den Posten des Kassiers an eine zu bestimmende Person zu vergeben.
Für den Posten des Kassiers meldet sich Genosse **Köhler**; derselbe hat eine ausgedehnte Thätigkeit, sowohl im gewerkschaftlichen, wie auch im politischen Leben, derselbe ist mit dem Kassieren der Verbände sehr vertraut.

Da der hiesige Vorstand gegenwärtig keinen bestimmten Ueberblick bezüglich der Mittelverfügung hat, so kann eine feste Abmachung mit dem Genossen nicht erfolgen. Es wird beschlossen, diesen Punkt in der nächsten Versammlung zu erledigen.

Die Wahl des 2. Schriftführers fällt auf den Kollegen **Schmitt**; derselbe nimmt das Amt an.

Den Bericht vom Gewerkschaftskartell referiert Kollege **Reichhoff**. Danach beabsichtigen die sämtlichen Gewerkschaften Bremens, sobald als möglich einen allgemeinen Art. 11-Nachweis ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck soll d. nächst eine Urabstimmung bei jeder Gewerkschaft vorgenommen werden.

Die Versammlung beschließt, noch die Wahl der Kassieratoren vorzunehmen. Als solche werden die Kollegen **Brüning** und **Stäbe** gewählt.

Nachdem der Vorsitzende der Versammlung noch zur Kenntlich gebracht, daß der Stenographenverein in drei Wochen seinen neuen Lehrkursus bei einem Honorar von 3 Mk. beginnt, wird der Antrag des Kollegen **Brüning**, auf Sonntag, den 16. September, eine öffentliche Versammlung anzusetzen, angenommen. Hieraus schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Charlottenburg. Am 6. September tagte in der Gambinusbrauerei eine öffentliche Versammlung der Gemeinde-Arbeiter. Derselben lag folgende Tages-Ordnung zu Grunde:

1. Vortrag des Genossen **Schubert Schöneberg**.
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zu der späteren Lohnforderung.
4. Verschiedenes.

Um 8 1/2 Uhr wurde die zu besuchte Versammlung von dem Einberufer **Koppig** eröffnet.

Da Genosse **Schubert** in letzter Stunde am Erscheinen verhindert ist, übernimmt Genosse **Köhler** das Referat. Derselbe behandelt das Thema: "Politik in der Gewerkschaft."

Den sachlichen und klaren Ausführungen des Referenten folgt die Versammlung lauten Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich der Genosse **Hemming** und Kollege **Koppig**. Auch den Auseinandersetzungen dieser Diskussionsredner stimmten die Anwesenden lebhaft zu.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zur späteren Lohnforderung", referiert Kollege **Damm**. Derselbe erklärt in kurzen sachlichen Thatsachen die Gründe und die Rechtfertigung einer Lohnforderung. Er plädiert für ein Minimal-Stundenlohn von 40 Pf.

Nachdem über diesen Punkt rege debattiert worden, wird eine Kommission gewählt, welche im Auftrage der Versammlung eine diesbezügliche Petition an den Direktor der städtischen Gasanstalten zu richten hat. In die Kommission werden die Kollegen **Spitzer, Grimm, Petersen, Hubach** und **Rahn** gewählt.

Da Kollege **Damm** vielfach mit Verbandsarbeiten überhäuft ist, legt derselbe das Amt des Delegierten zur Gewerkschaftskommission nieder. An dessen Stelle wird der Kollege **Koppig** gewählt.

Unter dem Punkt "Verschiedenes" wurde über belanglose Mißstände der Gasanstalt II polemisiert. Mit einem brautenden Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung schließt die Versammlung.

Zur Frage der pünktlichen Eröffnung der anberaumten Versammlungen wird uns aus Dresden folgendes berichtet:

Am 20. Juli er. tagte hier eine Versammlung der in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerten beschäftigten Gemeindearbeiter. Diese Versammlung ist nun von dem Kollegen **Kohlhardt** 1/2 Stunde später eröffnet worden, als ursprünglich bei der Polizei angegeben worden war. Der Vorsitzende **Kohlhardt** ist dieserhalb als Grund des Vereins-Vorgesetztes für Sachsen vom Jahr: 1850 in eine Ordnungstrafe von 15 Mk. resp. 5 Tage Haft vom hiesigen Amtsgericht genommen worden.

Es sei hier noch bemerkt, daß die Versammlung von dem überwachenden Beamten wegen der Beisitznahme aufgelöst wurde!

Dresden. Bei der Lösung am 11. August wurden hier bei der ersten Inspektion des Tiefbauamtes 25 Mann entlassen, und zwar Mittags 12 Uhr. Da nun hier die 14 tägige Lohnzahlung besteht, und für Arbeiter 6 Tage der Lohn inne behalten wird, so mußte deswegen noch eine zweite Lohnliste angefertigt werden.

Ein Theil der entlassenen Leute hatten nun ihren Lohn schon Vormittags um 10 Uhr erhalten, jedoch ohne daß der Lohn für die letzten 6 Tage ausbezahlt wurde. Um diesen Lohn in Empfang zu nehmen, wurden die entlassenen Arbeiter sowohl als auch die arbeitenden Kollegen um 1 Uhr Mittags nach einem bestimmten Platz bestellt.

Der ausführende Beamte fertigte nun die noch in Arbeit stehenden Personen zuerst ab. Darüber empfanden sich die entlassenen Kollegen und beklagten in ihrer Erregung die anwesenden Beamten, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Die Arbeiter der Tiefbauverwaltung **Ratold, Große** und **Züllich** glaubten nun bei diesem leider labend gewordenen Vorkommnis die Gelegenheit benutzen zu müssen, ihrem Unmuth gegen unsere Transitionen Vast machen zu können, denn sie entbunden sich nicht mehr, nicht nur den Kollegen **Vischen**, sondern auch die anderen Verbandsmitglieder als die eigentlichen Adressaten hinzustellen.

Zur Charakteristik der genannten Arbeiter sei noch bemerkt, daß der Kollege **Vischen** seines dieberischen Postens entbunden worden ist. Als Strafe gewissermaßen wurde ihm eine Tagelohn-Arbeit, die selbst im Afford nicht zu schaffen ist, überwiehen. Ebenso wird der Kollege auf alle mögliche Art und Weise von den Vorbeizugten diskantirt.

Anmerk. d. Red. Wir meinen, daß es lediglich Sache der Dresdener Tiefbauverwaltung oder deren Ver-

gane ist, für eine präzisere Lohnaufzahlung Sorge zu tragen. Am allerwenigsten haben sich die obengenannten Ausfühler das Recht anzumessen, die dortigen Verbandskollegen für all und jedes Vorkommnis verantwortlich zu machen.

Unsere Verbandskollegen besitzen jedenfalls selbst soviel Disziplin, um die Tragweite ihrer Handlungsweisen ermitteln zu können.

Magdeburg. Der Direktor des Gaswerks in Magdeburg scheint in seinem Verbandsgerade nicht gut gefasst zu sein. Dies beweist folgender Fall:

Der Vorsitzende der Filiale I. Magdeburg, erlaubte sich auf vieles Zureden seiner Verbandskollegen, beim Herrn Direktor Dittmann um Arbeit anzufordern.

Feiler hatte aber der Kollege die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn der Direktor lud ihn in schriftlicher Weise an. Wie sich der Kollege erlauben darf, bei ihm wieder wegen Arbeit anzufordern. Pöger und Aufwiegler bekommen überhaupt keine Arbeit in seinem Werkort. Er, der Kollege, habe bei ihm die ganze Arbeiterschaft auf dem Gaswerk anzuführen und rebellisch gemacht.

Auf die Erwiderung des Kollegen, daß es doch Pflicht und Recht eines jeden Arbeiters wäre, sich zu organisieren und nach Aufbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu streben, wenn nicht er, so würde doch ein anderer Kollege dies Bestreben unter den Arbeitern wachzurufen suchen, gab ihm der Direktor den Bescheid, daß jeder Arbeiter des Werks, welcher sich erlauben sollte, agitatorisch, oder wie der Direktor meine, hegemonische Töne zu führen, sofort entlassen werde. Ueberhaupt sei jed 8 weitere Wort überflüssig.

Es ist bedauerlich, daß ein Mann von Bildung sich einem Arbeiter gegenüber so weit erniedrigt, derartige zu äußern. Das Wahlrecht ist für alle Arbeiter des deutschen Reiches geschaffen, also auch für die Arbeiter des Magdeburger Gaswerks.

Berichtigung. Zu unserer in der vorigen Nummer enthaltenen Notiz über „Ein deutscher Boxer“ müssen wir berichtigen, daß nicht Herr Oberkontrollleur Preßkammer, sondern Herr Witzke es war, welcher die Untersuchung geführt hat. Außerdem ist noch mitzutheilen, daß die die n i t l i c h e Z u s a m m e n f u n f t i n d e r A n e i g e nicht am Vormittag, sondern am Abend stattfand.

Aus unserem Kreis.

Hamburg. Die Arbeiter der Gaswerke in Hamburg und auf dem Grabsbrook entschlossen sich Mitte Juli d. Z., an die Direktion resp. an die Deputation für das Beleuchtungswesen ein Gesuch um Vohnerhöhung und Befreiung verschiedener Mißstände einzureichen. Am 20. Juli wählten sie in einer öffentlichen Versammlung eine Kommission, welche die Petition ausarbeiten sollte. Aber noch ehe dieselbe abgehandelt war, wurde ein Arbeiter, der in der Versammlung als erster Vorsitzender gewählt worden war, plötzlich aus der Arbeit entlassen, und zwar am 21. Juli. Am Montag, 30. Juli, folgte der zweite Vorsitzende. Am Dienstag Abend kam der Schriftführer an die Reihe, mitnahm dem Arbeiter Telow, und am 12. August, nachdem die Petition am 1. August abgehandelt war, zwei Kommissionsmitglieder. Ein Gesuch um Wiederinstellung dieser Arbeiter wurde von der Beleuchtungsdeputation ohne Angabe von Gründen abschlägig beschieden. — Das Gesuch um Vohnerhöhung und Befreiung verschiedener Mißstände ist abgelehnt worden.

Derartige Mißregelungen von Arbeitern, die von ihrem reichsgesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machen, sollten doch in unseren Hamburger Staatsbetrieben nicht vorkommen, ganz einzeln, ob die in der betreffenden öffentlichen Versammlung aufgestellten Forderungen berechtigt sind oder nicht! Es wäre im öffentlichen Interesse wünschenswert, daß die Beleuchtungsdeputation sich darüber öffentlich äußert, ob die Mißregelungen mit ihrem Willen und Wissen geschehen, oder ob sie auf einen der Beamten zurückzuführen sind. — Die Hamburger Gasarbeiter werden sich nicht unserm Verbands an. Dessenungeachtet haben sie demselben bald bei, kann werden die Bewegungen wahr scheinlich auch anders verlaufen. Zu bemerken ist noch, daß wir in früheren Jahren durch eine Filiale in Hamburg besaßen, die aber bedauerlicherweise bald zusammenbrach.

Bundschau.

Das Berliner Stadtvorordneten-Kollegium erklärte sich auf Antrag des Magistrats damit einverstanden, daß

1. die in dem Gemeindefestbeschlusse vom 16. Dezember 1897 (Protokoll vom 16. Dezember 1897, S. 10) bezeichneten Unterstützungen für alle von 1. Oktober 1900 ab eintretende Umfälle nach Maßgabe der §§ 8, 9, 10, 12, 13 Abt. 1, 15 bis 21, 22 Abt. 1 und 3, 23, 24 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung des Reichsstatlers vom 5. Juli 1900 geändert werden,
2. von demselben Zeitpunkt ab der bezeichnete Gemeindefestbeschlusse zur Betriebsbeamten-Anwendung findet, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst ein Lohn oder Gehalt dreitausend Mark nicht übersteigt,
3. auf die vor dem 1. Oktober 1900 eingetretenen Umfälle von diesem Zeitpunkt ab § 27 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze, vom 30. Juni 1900 entsprechend zur Anwendung kommt.

Der Gesamtverband der Gewerkschaften Englands (General Federation of Trades Unions), der vor zwei Jahren in London gestiftet wurde, hielt am 18. August in Nottingham seine zweite Generalversammlung ab. Aus dem gebundenen Jahresbericht entnehmen wir Folgendes: Die Zahl der Verbände stieg seit der

ersten konstituierenden Versammlung von 44 mit 843 000 Mitgliedern auf 59 mit 377 729 Mitgliedern. Es traten 17 Verbände mit 52 609 Mitgliedern im Verlauf des Berichtsjahres hinzu, während 2 Verbände mit 17 880 Mitgliedern wegen der Unmöglichkeit, den aufgenommenen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, austraten. Es sind dies die Verbände der Carter (Zuckerrüben) und der Kleidermacher, die beide dem Verbands noch beträchtliche Beiträge schulden. Von den Organisationen sind 44 nach dem Prinzip des Verbandes der Maschinenbauer organisiert, d. h. mehrere Berufe umfassende — „amalgamierte“ — Gewerkschaften, deren Leitung zentralisiert, aber in ihren Vollmachten gegenüber den Filialen beschränkt ist; 11 sind streng zentralistisch und 4 streng föderalistisch aufgebaut. Die Gesamtzahl der Zweigvereine beträgt 2250, die der angestellten Beamten 109. Zum Beweise, daß der Verband einen beträchtlichen Theil der größten und besten Trades-Unions umfaßt, wird auf die Thatsache hingewiesen, daß demselben zwar nur 1/10 der englischen Trades-Unions, aber fast ein Viertel aller Organisirten angehören, so u. A. die Verbände der Maschinenbauer (85 908 Mitglieder), Gasarbeiter (40 030), Schuh- und Sichelarbeiter (27 993), Vereinigte National-Verbands (22 483), Wollkempfer und Heimgüter (20 462) u. s. w. Inzwischen ist in den einzelnen Verbänden nur ein sehr minimales Steigen der Mitgliederzahl vom 31. Dezember 1899 bis 30. Juni 1900, in 10 Organisationen ein Stillstand und in 13 sogar ein Rückgang zu bemerken, eine Entwicklung, die nicht einverstanden mit dem Wachstum der deutschen Verbände gleichen Schritt hält.

Die Gesamtentnahme betrug 451 276,40 Mk., die Ausgabe 13 442 50 Mk., der Restbestand 437 833,90 Mk. Berechnet man die kommenden Einnahmen nach der letzten Quartals-, so kann der Bund künftig mit etwa 600 000 Mk. Jahresentnahme rechnen. Sie sind bestimmt, den zugehörigen Organisationen im Falle von Ausgehenden Unterstützungen nach einem statutenmäßig festgesetzten und den Einzahlungen entsprechenden Staffelsystem zu gewähren. Doch ist der Bund keine reine Streikkasse. Sein Statut bezeichnet als eine seiner vornehmsten Aufgaben die Förderung des gewerblichen Friedens durch ständige Vornahme von Schiedsgerichte, Conciliationsämtern und ähnliche der Vermeidung von Ausgehenden gediente Institute.

Auf internationale Beziehungen legt der Gesamtverband mehr Werth als der letzte Trades-Unions-Kongress zu Plymouth. Er erkennt die Nothwendigkeit an, Kennzeichen von den Bewegungen anderer Länder zu erhalten und mit deren Organisationen in ständiger Verbindung mit denselben zu bleiben. Der Sekretär stand deshalb in Briefwechsel mit den Organisationsvertretern in Nordamerika, Kanada, Australien, Neuseeland, Deutschland, Dänemark, Belgien und anderer Länder und veröffentlicht im Anfang des Berichtes eine Reihe von Einzelheiten über die Gewerkschaften in Amerika, Dänemark, Deutschland und Australien. Wesentlich Neues für uns enthält bios der letztere Bericht, den wir in einer der nächsten Nummern im Vorlaute veröffentlichen werden.

Die Generalversammlung beschäftigte sich, da der Bund noch keine Gelegenheit hatte, der Streiks zu intervenieren — er darf erst nach zwölf Monaten Zugehörigkeit angerechnet werden — fast nur mit inneren Verwaltungs- und Agitationsfragen.

Ueber die Aufgaben der Arbeitersekretariate ist zwischen der Mannheimer „Volkstimme“ und dem Offenburger „Volkstempel“ eine Auseinandersetzung entstanden, deren Anlaß der jüngst erschienene Bericht des Mannheimer Arbeitersekretariats bildet. In diesem wurde als Pflicht des Sekretärs betont, nur berechtigte Klagen zu vertreten, solche zu unklarerer Zwecke aber zurückzuweisen. Dadurch sei es möglich, dem Sekretariat das absolute Vertrauen in die Korrektheit seines Vorgehens zu gewinnen, dessen es bei Behörden und Privaten zur unterschiedenen Vertretung berechtigter Ansprüche bedürfe. Die Mannheimer „Volkstimme“ wüßte diesen Grundlag aufzugeben, da das Sekretariat kein Schiedsgericht sei, sondern allen Arbeitern zu helfen habe.

Es ist kein Wunder, daß der Bericht wiederholt auf die Anerkennung der Behörden und den glatten Verkehr mit diesen hinzu weisen konnte. Uns wäre, offen gestanden, lieber, er hätte über ernste Konflikte zu berichten, wir wüßten uns auf dem richtigen Weg. Darauf bezieht sich die „Offenburger Volkstempel“ diese Grundzüge als bedenklich und erwarnt, denn der Werth eines dem Arbeiterinteressen dienenden Instituts sei nicht nach der Zahl der Konflikte mit Behörden zu beurtheilen, sonst müßte man auch die babylonische Jubiläumspredigt kreditieren. Wenn die Behörden anfangen, soziale Probleme mit anderen Augen anzusehen, so sollte man sich doch nicht nach den Zeiten zurückziehen, wo man mit Recht über die allgemeinen und überakt anzureichende bodenständige Unwissenheit und Bureaukratismusklugheit schimpfen konnte.

Natürlich hält der Standpunkt der Mannheimer „Volkstimme“ ferner existenzialen Kritik Stand.

Versammlungs-Anzeiger.

Mittheilung, die über Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abtheilen, können bei dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin II. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin III. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin IV. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin V. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin VI. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin VII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin VIII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin IX. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin X. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XI. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XIII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XIV. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XV. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XVI. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XVII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XVIII. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XIX. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XX. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.

- Berlin IX. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin X. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Berlin XI. (Königsplatz) Sonntag, den 21. September.
- Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Panitzsch, Charlottenburg. Dienstag, den 2. Okt. Gumbirtus-Brauer, Wallstraße 94, Abends 8 Uhr.
- Freiburger. Sonntag, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr, Seehäse 93.
- Halle a. S. Jeden Sonntag nach dem 7. und 22. Nachmittags halb 4 Uhr, im Märkerstr. 10.
- Hannoversburg. Jeden 1. Montag im Monat, Abends halb 8 Uhr in der Büchergasse.
- Magdeburg I. (Gasarbeiter). Jeden Sonntag im Restaurant „Zur Mühle“, Wallstraße.
- Magdeburg II. (Eisenbahnarbeiter, Canalisation u. c.). Jeden Sonntag nach dem 1. Abends 8 Uhr, in der Burgstraße, Grüne Werkstatt.
- Magdeburg III. Jeden 1. Sonnabend im Monat, Kochenhausstr. 27, Abends 8 Uhr.
- Mannheim. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittags, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Zur Mühle“, Wallstraße.
- Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, halb 7 Uhr Abends bei Bögelin, H. 4. 8.
- Mannheim III. Jeden 1. und 3. Samstag, Abends 7 Uhr, H. 8. 8. bei Hermann Hoyer.
- Mannheim IV. Jeden 1. Tage nach der hiesigen Versammlung bei H. 8. 1. 3. Breitenstraße. In jedem Jahrgang besteht Beitragsentrichtung.
- Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitglieder-Versammlung im „Walden Hof“.
- Hildesheim. Donnerstag, den 27. September bei Hildesheim.
- Hildesheim II. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 8 Uhr Abends, im „Stier“.
- Hildesheim III. Jeden 2. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr „Gewerkschaftshaus“.

Arbeiter und Arbeiterkassen der hiesigen Betriebe Berlin!

Sonntag, den 14. Oktober 1900, Abends 5 Uhr:

Kombinierte Verbands-Versammlung

sämmtlicher Filialen, mit Familien-Angehörigen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Beschlüsse.

Nach Schluß der Versammlung:

Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

— Entree 10 Pfg. —

Diejenigen Kollegen, welche dem Verbands noch nicht angehören, sind ganz besonders eingeladen; auch die der Filialen Charlottenburg, Kitzdorf, Wilmersdorf-Schmargendorf, Tegel und Friedrichshagen.

Der Ausschuss der Berliner vereinigten Filialen.

Filiale II. Berlin (Kanalisations-Arbeiter).

Sonabend, den 6. Oktober 1900:

3. Stiftungs-Fest

in Sauerbrunn's Lokal, Str. Frankfurterstr. 30.

Während der Kaffeepause: Sammelische Vorträge.

Damen 20 Pfg. Ende ???

Anfang 8 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Mitglieder der Filiale Schmargendorf!

Am Sonnabend, den 29. September bei Struß in Wilmersdorf, Auguststr. 1.

Versammlung.

Achtung, Magdeburg Filiale III.

Wir machen hierdurch bekannt, daß in der Mitglieder-Versammlung am 6. Oktober die Urabstimmung über die Krantzen-Zulassung: stattgefunden und in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Hamburg.

Donnerstag, den 27. September, Abends 8 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

aller in Staatsbetrieben beschäftigten Personen

im Lokale des

Herrn B. Gannemann, Alst.-u. Wallstr. 51/52

(vorm. Wend).

Tages-Ordnung:

1. Wie verhalten wir sich zu den Arbeiter unserer Tage? Referent: Herr Poersch. 2. Errichten wir eine Filiale des Zentral-Verbands? 3. Beschlüsse.

Der Einberufer.

Filiale I b Berlin (Anstalt GutsMuths-Str.).

Am 1. September versiedet pünktlich nach kurzen Reden in der Verbandslokal

Hermann Kahnert.

Ehre ihrem Andenken!

Der Filial-Vorstand.

Magdeburg, Filiale III.

Am Sonntag, den 9. September, wurde durch den Tod unser treuer Kollege und Mitkämpfer

Paul Panther

aus unseren Reihen gerissen.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Poersch, Berlin, Unter den Eichen 11.

Druck von Maurer & Bismick, S. Posten-Str. 11.